Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate-Übernahme außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Gießen: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. — Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füßli & Co., Zürich.

Nr. 584. [32. Jahrgang.] Berlin, Dienstag den 13. Dezember 1892, Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 584.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Expediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen für 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 13. Dezember.

Das Bedürfniß nach einer umfassenden Verbesserung der Verhältnisse der Volksschule ist nicht nur bei den Lehrerbesoldungen, sondern auch auf dem Gebiet des Schulbauwesens, sowie bei der Ausstattung und Einrichtung der Volksschulen vorhanden. Dieser Gegenstand hat bereits vor zwei Jahren zu eingehenden parlamentarischen Verhandlungen geführt. Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 5. November 1890 ging dem Landtage ein Gesetzentwurf zu, welcher bezwecke, von den nach der lex Huene an die Kommunalverbände zu überweisenden Summen den Betrag von 20 Millionen Mark zu kürzen und dem Unterrichtsminister zur Unterstützung von Gemeinden (Gutsbezirken, Schulverbänden 2c.) bei Volksschulbauten zur Verfügung zu stellen. Begründet war diese Forderung damit, daß es dringend nothwendig erscheine, baldmöglichst einen befriedigenden Zustand der Schulgebäude herbeizuführen. Die geringe Steuerkraft der zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen verpflichteten kleinen Verbände habe namentlich unter dem Druck der wirthschaftlichen Nothlage in den siebziger und achtziger Jahren es nicht ermöglicht, auch nur die dringendsten baulichen Schäden zu beseitigen.

Nicht nur durch den natürlichen Zuwachs der Bevölkerung, sondern auch aus dem durch die Freizügigkeit beförderten Zusammenströmen größerer nicht steuerkräftiger Massen in die kleineren Städte und die Industriebezirke seien bauliche Bedürfnisse auf dem Gebiete der Schule hervorgerufen, welchen die Schulvorstände zu entsprechen außer Stande gewesen seien. Nach den damaligen Feststellungen wurde ein Betrag von 28 Millionen Mark für rückständige Bauten als erforderlich und hierzu eine Staatsbeihülfe von 15 bis 16 Millionen Mark als nöthig bezeichnet. Es waren dabei 2178 Bauausführungen berücksichtigt. Dieselben betrafen in 1476 Fällen Ersatzbauten für bestehende Schulgebäude, welche baufällig waren und ohne Schaden für die Gesundheit der Lehrer und Kinder nicht weiter benutzt werden konnten; 902 Fälle bezogen sich auf Erweiterungsbauten für überfüllte Schulen.

Nur 300 Bauten betrafen neue Schulen: Aber auch von diesen entfielen noch 120 Bauten auf Schulen, welche schon bestehen und mietheweise untergebracht sind, in dieser Weise aber nicht länger untergebracht werden können, weil geeignete Miethsräume nicht vorhanden oder doch unter annehmbaren Bedingungen nicht zu beschaffen waren. Nur 180 Fälle betrafen Neugründungen von Schulen zur Abkürzung der Schulwege, welche fünf und mehr Kilometer betrugen. Bei den parlamentarischen Verhandlungen wurde das Bedürfniß nach einer bedeutenden außerordentlichen Unterstützung der Gemeinden anerkannt, eine Einigung über die Quelle, aus welcher die Mittel zu entnehmen seien, aber nicht herbeigeführt.

Seit jener Zeit ist eine Aenderung zum Bessern nicht eingetreten. Es sind zwar zu Elementarschulbauten behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens in den Provinzen Westpreußen und Posen, sowie im Regierungsbezirk Oppeln durch den Staatshaushalt für 1891/92 800 000 ℳ und für 1892/93 300 000 ℳ einmalig bewilligt, desgleichen ist der Fonds zur Unterstützung von Schulverbänden bei Elementarschulbauten seit dem 1. April 1892 von 800 000 ℳ auf 1 Million Mark erhöht. Diese Summen reichen aber nicht entfernt zur Befriedigung des geschilderten außerordentlichen Bedürfnisses.

Viele Gemeinden sind bei der großen Armuth nicht nur außer Stande, die Baukosten aufzubringen, sondern auch unfähig, die Mittel für die Ausstattung, für die laufenden Kosten, Heizung u. s. f. zu beschaffen. Nach Lage der Staatsfonds kann hier eine Unterstützung nur aus den Ersparnissen des Titels 34 Kap. 121 zu Beihülfen an Schulverbände wegen Unvermögens für das Stelleneinkommen der Lehrer und Lehrerinnen gewährt werden, und zwar zufolge des Vermerks, welcher dahin lautet, daß die am Jahresschluß verbleibenden Bestände in die folgenden Jahre übertragen und zu einmaligen Ausgaben im Interesse des Elementar-Unterrichtswesens, insbesondere auch zum Ankauf und zur Meliboration von Dienstländereien behufs dauernder Besserung unzulänglich dotirter Elementarlehrerstellen verwendet werden können. Diese Beihülfe reicht aber, zumal der Fonds durch die Abzweigung der für Dienstaltterzulagen ausgesetzten Mittel kleiner geworden ist, nicht aus. Nach der Statistik von 1891 aber betrugen die gesammten sächlichen Kosten des Volksschulwesens in Preußen (ausschließlich der Baukosten) mehr als 31 Millionen Mark, d. h. etwa 1/3 der Kosten des gesammten Volksschulwesens, sind also auch für die einzelne Schulgemeinde von erheblicher Bedeutung.

In der heutigen (14.) Plenarsitzung des **Reichstages**, welche Präsident v. Levetzow bald nach 12½ Uhr eröffnete, wurde zunächst an Stelle des aus der Kommission für Arbeiterstatistik geschiedenen Mitgliedes Schippel Abg. Moltenbuhr durch Akklamation gewählt. — Bei Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, erhielt heute zunächst der sächsische Bundesbevollmächtigte, Kriegsminister Generallieutenant Edler von der Planitz das Wort. Derselbe erklärte, daß ihm nicht bekannt sei, daß irgend eine der verbündeten Regierungen gegen die Vorlage Opposition zu machen geneigt sei. Jedenfalls stehe die königlich sächsische Regierung voll und ganz auf dem Boden der Vorlage; dieselbe sei rechtzeitig von den Intentionen der Reichsregierung bezüglich dieser Vorlage unterrichtet und habe auch alle ihre Wünsche berücksichtigt gefunden. Die sächsische Regierung sei vollständig überzeugt, daß die Vorlage zur Stärkung unserer Armee beitragen werde. Abg. Frhr. v. Stumm-Halberg trat den von verschiedenen Seiten gegen die Vorlage erhobenen Bedenken entgegen und führte aus, daß auch die Resolution Winthorst der Annahme derselben nicht entgegenstehen würden. Bezüglich der Landwehrleute käme es nicht darauf an, ob sie militärisch minderwerthig, sondern darauf, daß sie wirthschaftlich so gewichtig, daß sie militärisch gebraucht werden müßten. Die Militärverwaltung sei übrigens besser in der Lage, das wirkliche Bedürfniß der Reform zu erkennen, als der einzelne Abgeordnete. Die Vorlage sei auch finanziell immer noch viel billiger, als ein verlorener Krieg! Wenn man die Vorlage ablehne, würden wir bald den Feind im Lande haben. Den Grund des gegenwärtigen wirthschaftlichen Niederganges mache man mit Unrecht gegen die Vorlage geltend. Zur Schaffung der nöthigen Mehreinnahmen des Reiches wünscht er allerdings statt der Biersteuer eine andere Einnahmequelle. Im vollen Vertrauen auf die Sachkenntniß der Militärverwaltung, aber gleichzeitig im Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der Nation stimme er aus voller Ueberzeugung der Vorlage zu. — Abg. Dr. v. Bennigsen ging auf die Vorgeschichte der Vorlage und die beunruhigenden Erörterungen über die Mehrbelastung der Steuerobjekte ein, welche zur Erzielung der nöthigen Mehreinnahme in Frage kämen. Darüber wäre die große Bedeutung und der Kern der Vorlage selbst in den Hintergrund getreten. Es wäre richtiger gewesen, um die inneren Vorzüge der Vorlage zur richtigen Erkenntniß zu bringen, nicht nach und nach mit deren Inhalt hervorzutreten, sondern mit einem Schlage die bedeutsame Vorlage selbst nebst Begründung und dem Modus der Deckungsmittel der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. In ihrem ganzen Umfange würden allerdings auch seine Freunde die Vorlage nicht bewilligen können; es frage sich besonders, ob sich das nöthige große Instruktionspersonal sofort finden werde. Was über die Erhöhung und Aenderung der Formation in der Kommission von Seiten der Kriegsverwaltung des Weiteren gesagt werden würde, bleibe allerdings abzuwarten, aber so viel könne er doch schon heute sagen, daß ihm von militairischer Seite erhebliche Bedenken wegen der Möglichkeit ausgesprochen worden, für die vierten Bataillone das nöthige Instruktionspersonal zu finden. Jedenfalls dürften die vierten Bataillone keinen minderwerthigen militairischen Charakter erhalten. Besonderen Werth legten seine Freunde ferner darauf, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werde. Einer Verstärkung unserer Rüstung bedürften wir nicht, um neuen militairischen Ruhm zu erwerben, wohl aber zur Sicherung unserer Grenzen. Daß die heutige Regierung die Autorität nicht genieße und nicht genießen könne, wie diejenige der 50er Jahre, liege in der Natur der Verhältnisse. Gewiß hätten wir uns der treuen Unterstützung unserer Bundesgenossen versichert halten, aber in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe würde der Schwerpunkt doch nur bei uns selbst liegen müssen. Abgesehen allenfalls von den Sozialdemokraten, würde jede Partei des Hauses sich der vollen Verantwortlichkeit bewußt sein, welche sie dieser Vorlage gegenüber habe. Manche Klagen über die Zustände in Deutschland möchten berechtigt sein, aber dieses seien, Alles in Allem, doch besser als in irgend einem anderen Lande. Deshalb werde der Reichstag den wesentlichen Theil der Vorlage bewilligen müssen, aber ebenso würden auch die verbündeten Regierungen Entgegenkommen zeigen und Verständigung suchen müssen. Redner warnte vor einer etwaigen Auflösung des Reichstags und vor jedem Konflikt, der dem Reiche zum Verderben gereichen müsse. Er hoffe, daß nach einigen Monaten vollkommenes Einverständniß über die Vorlage erreicht sein werde. Das Ausland möge sich überzeugt halten, daß die Volksvertretung mit der Reichsregierung zusammenstehe zur Vertheidigung und Wohlfahrt des Vaterlandes. (Beifall). Reichskanzler Graf v. Caprivi dankte dem Vorredner für seine patriotischen Worte und den beiden Vorrednern dafür, daß sie die Vorlage in dem richtigen nationalen Hintergrund beleuchtet. Der Herr Reichskanzler ging dann auf Einzelheiten ein und theilte namentlich Näheres über die Versuche mit, welche mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit gemacht werden. Dem Einwand gegenüber, daß es uns an Offizieren und Unteroffizieren mangele, um die Vermehrung der Armee durchzuführen, sei allerdings zuzugeben, daß wir zur Zeit das nöthige Personal nicht hätten, aber mit Sicherheit kann man doch darauf rechnen, daß es binnen Kurzem weder an den nöthigen Offizieren noch Unteroffizieren fehlen werde. Daß die jetzt vorgeschlagene Reform mit einem Male durchgeführt werden solle, sei aus militairischen und politischen Gründen gerechtfertigt. Ganz besondere Bedeutung käme der Vorlage in Bezug auf die Mobilmachung zu. Sieben Achtel unserer Armee seien bei einer Mobilmachung reine Neuformationen. Die Zersetzung der Truppentheile im Frieden sei sehr bedenklich, aber dieselbe müsse vermieden werden müsse. Der Herr Reichskanzler legte dann des Näheren Zweck und Bedeutung der vierten Bataillone dar; ein Auswählen dieser vierten Bataillone zu Regimentern, wie Abg. Frhr. v. Huene neulich befürchtet, sei vollständig ausgeschlossen, da dann ja der eigentliche Zweck der Bataillone beseitigt werde. Mit dem früheren „Schwamm" habe diese Organisation nicht das Mindeste gemein. Man dürfe nicht übersehen, daß die Infanterie den schwersten Dienst habe, und daß von ihrer Tüchtigkeit vor Allem die Entscheidung abhängig sei; deshalb dürfe man die Vermehrung der Infanterie nicht leicht nehmen. Aber auch für die Artillerie, sowie für die Kavallerie seien Stämme nöthig für die Reservedivisionen. Daß das platte Land besonders von der Reform betroffen werde, sei doch nicht ganz zuzugeben. Denn gerade in dieser Beziehung schaffe das Gesetz, betr. die Ersatzvertheilung, für das Land erhebliche Erleichterung. Die jungen Sozialdemokraten, die Jahre lang in der Werkstatt und der Fabrik gewesen, betrachten offenbar den Militairdienst wie eine Art Erholung. Demnach würde die Reform auch bezüglich der Sozialdemokratie keinen ungünstigen Eindruck machen. Abg. Bebel glaubt aus der Rede des Abg. v. Bennigsen schließen zu sollen, daß ein Kompromiß mit der Regierung zu Stande kommen werde. Auch der Rede des Abg. Frhr. v. Huene glaubt er entnehmen zu können, daß man sich wohl weigern der Hälfte der Regierungsvorlage verständigen würde, aber die andere Hälfte spätterer Zeit vorzubehalten. Ueber die gute politische Lage des Reiches, im Innern wie nach außen, theilt er, wie das mit Bedauern kaum, die Ansicht des Abg. v. Bennigsen nicht; auch heute betont er, daß das englische Grundübel unserer Lage in den Annexion von Elsaß-Lothringen liege. Seitdem wären die militairischen Rüstungen ins Immense gestiegen. (Bei Schluß des Berichts [3¼ Uhr] spricht der sozialdemokratische Redner weiter.)

Zum Ankauf resp. Umtausch eines neuen **Gesandtschaftsgebäudes in Washington** werden im Etat des Auswärtigen Amtes 195 000 ℳ gefordert. Das im Jahre 1867 von der königlich preußischen Regierung für 35 180 Thaler = 105 540 Mark erworbene Gesandtschaftsgebäude hat wegen seines mangelhaften Zustandes bereits seit längerer Zeit zu Klagen Veranlassung gegeben. Auch der gegenwärtige Gesandte hat auf diesen mangelhaften Zustand, vor Allem aber auf die unsichere Lage desselben, die Kleinheit der Zimmer, die Mangelhaftigkeit der Diener- und Wirthschaftsräume, die Dunkelheit der Treppen 2c. aufmerksam gemacht und im Hinblick auf diese nicht zu beseitigenden Mängel den Verkauf für Repräsentation völlig ungeeigneten Hauses unter Erwerbung eines neuen Gesandtschaftsgrundstücks angelegentlich befürwortet. Zum Ankauf hat der Gesandte ein dem Major Ferguson gehöriges, vor etwa zehn Jahren erbautes, in der besten Stadtgegend, Massachusetts Avenue Nr. 1435, belegenes Haus in Vorschlag gebracht.

Da Major Ferguson für dieses Haus 115 000 Dollars verlangt, das bisherige Gesandtschaftsgrundstück jedoch für 90 000 Dollars in Zahlung nehmen will, so wären zum Ankaufe 25 000 Dollars erforderlich, ein weiterer Betrage für einige Um- und Anbauten und für Möblirung der Empfangszimmer noch 21 580 Dollars hinzutreten würden.

Bei Prüfung der Zeichnungen und Anschläge im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat sich ergeben, daß das seither von der Gesandtschaft benutzte Haus in der That den heute zu stellenden Anforderungen an Wohnlichkeit 2c. nicht mehr entspricht und daß auch ein Umbau desselben zu keinem günstigen Ergebniß führen würde; daß die für das neu zu dem Kaufgeschäft in Zahlung zu gebende alte Gesandtschaftsgrundstück seitens des Majors Ferguson gebotene Summe von 90 000 Doll., ebenso wie der von demselben für sein Grundstück geforderte Preis von 115 000 Doll. angemessen ist, und daß das Fergusonsche Haus durch einen theilweisen Umbau und die Anfügung eines Erweiterungsbaues so vortheilhaft umgestaltet werden kann, daß dem vorhandenen Bedürfnisse an Geschäfts-, Wohn- und Empfangsräumen in ausgiebiger Weise Rechnung getragen wird.

Unter diesen Umständen sind, dem obengedachten Betrage von 46 580 Doll. entsprechend, 195 000 ℳ in den Etat eingestellt worden.

Wie aus der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Thätigkeit der **Physikalisch-Technischen Reichsanstalt** in den Jahren 1891 und 1892 hervorgeht, hat dieselbe auch in den letzten beiden Jahren wissenschaftliche und technische Arbeiten innerhalb ihres in der Denkschrift vom 13. Dezember 1890 näher dargestellten Aufgabenkreises ausgeführt. Die Ergebnisse derselben sind sowohl durch Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, wie durch schriftlichen und mündlichen Verkehr den betheiligten Kreisen zugänglich gemacht. Namentlich hat die Anstalt auf die letzteren auch fördernd gewirkt durch ihre umfassende Betheiligung an den Einrichtungs- und Prüfungsarbeiten auf der vorjährigen internationalen elektrotechnischen Ausstellung zu Frankfurt a. M., sowie in öffentlichen Versammlungen durch Vorträge und Anregung in Fragen der Glasfabrikation, der elektrischen Meßgeräthe, der Lichtmessung, der Härteversuche, des Anlaßverfahrens bei Metallen und der einbeitlichen Schraubengewinde.

Diabesondere muß hierbei — so betont die Denkschrift in der Einleitung — die unermüdliche Thätigkeit des leider am Oktober d. J. durch den Tod abberufenen Direktors Dr. Loewenherz hervorgehoben werden, der durch seine rastlose Energie, seine ausgebreitete Sachkenntniß, seine Treue und Hingabe für die Ziele und Wirksamkeit der Anstalt, das Verständniß für die letztere weit über die nächsten Kreise hinausgetragen und der deutschen Technik und Industrie rühmlichst anerkannte Dienste geleistet hat.

An die Nachricht, daß nunmehr auch in der Diözese Münster mit der Ausspähung der **Sperrgelder** begonnen worden, knüpft die „Germania" folgende Bemerkung:

„Da Denjenigen (bezw. deren Erben), welche während der Dauer der Sperre — also vom 1. Juli 1875 bis 31. Dezember 1883 — für die ihnen vorenthaltenen Gehälter Ersatz erhielten aus milden Gaben oder kirchlichen Fonds ganz oder theilweise Ersatz erhalten haben, offenbar die moralische Verpflichtung obliegt, einen entsprechenden Ersatz an diejenigen Personen oder Fonds zu leisten, von welchen die Unterstützung damals hergeflossen ist, so steht zu erwarten, daß aus den jetzt erfolgenden Rückzahlungen manche Zuwendungen zu kirchlichen oder wohlthätigen Zwecken eintreten werden."

Vergeblich bemüht sich die **„Freisinnige Zeitung"** des Abg. E. Richter, das von ihr ausgegebene Stichwort „Die Militairvorlage ist gefallen" als dem Verlaufe der Reichstagssitzung vom Sonnabend entsprechend zu vertheidigen.

Es genügt, dem gegenüber zu konstatiren, daß, abgesehen von dem Richter'schen und einem oder zwei anderen auf diesen Instruktionen horchenden Freisinnsorganen, kein Blatt, auch nicht solche, die, wie die „Frankf. Ztg.", die „Münchener Allgemeine Zeitung", zu den entschiedensten Gegnern der Militairvorlage gehören, das Stichwort der „Freis. Ztg." als zutreffend anerkannte; daß vielmehr alle uns zu Gesicht kommenden Blätter, auch jener Richtung, das seitens der „Freisinnigen Zeitung" ausgetrochene Urtheil als falsch und tendenziös zugefügt bezeichnen. Es bleibt also dabei — wie wir schon sagten —, nur Taktik und Preßmache war's.

In der **„Kölnischen Zeitung"** vom 12. Dezember lesen wir:

„Die französischen Blätter haben den Vorzug, ihren Lesern die unglaublichsten Bären aufbinden zu können, sobald sie von den deutschen Verhältnissen reden, und die deutschen Zeitungen haben sich schon daran gewöhnt, solchen Erfindungen überhaupt keine Beachtung zu schenken. Eines der unsinnigsten Märchen hat neuerdings der „Matin" verbreitet; er erzählt, Herr v. Radowitz seien folgende Anträge für Madrid ertheilt: „1. Einen Handelsvertrag abzuschließen; 2. die Möglichkeit vorzubereiten, daß, falls der König von Spanien sterben sollte, ein preußischer Prinz den spanischen Thron besteige; 3. ein Schutz- und Trutzbündniß für das Verhältniß abzuschließen, daß Deutschland einen Theil Marokkos erhalte; 4. Deutschland übernimmt die Neugestaltung der spanischen Armee; 5. zu erlangen, daß Portugal der beabsichtigten Vereinbarung betrete; 6. für eine deutsche Gesellschaft die Herstellung einer zu strategischen Zwecken bestimmten Eisenbahn zu erlangen. Wenn wir heute diesen Unsinn abdrucken, so geschieht es nicht, um dem „Matin" eine größere Bedeutung beizulegen, als den anderen deutschfeindlichen Zeitungen in Paris, sondern um deswillen, weil er aus einer uns vorliegenden angesehenen spanischen Zeitung zu unserem Erstaunen erfahren, daß sogar die „Agence Havas" diesen haarsträubenden Unsinn für werth erachtet hat, an spanische Zeitungen weitergutelegraphiren; der offiziöse französische Draht wird sonach dazu benutzt, in einer geradezu unverantwortlichen Weise erlogene Nachrichten in Spanien zu verbreiten, um dort Mißtrauen gegen Deutschland zu erwecken. Es genügt uns, diese Thatsache hier festzunageln."

Rundschau im Auslande.

In **Paris** hat gestern Abend die angekündigte Versammlung stattgefunden zum Zweck des Protestes gegen die Vorgänge in der Panama-Angelegenheit. Die Versammlung, bei der der ehemalige Deputirte Keller den Vorsitz führte, und welcher mehrere konservative Deputirte und zahlreiche Sozialisten beiwohnten, war von etwa 2000 Personen besucht. Es kam wiederholt zu lebhaften und lärmenden Kundgebungen und Ruhestörungen. Als schließlich unter der Rednertribüne eine kleine Bombe explodirte, wurde die Sitzung aufgehoben.

Aus **Gent** wird von gestern Abend gemeldet:

Heute Abend fand hier eine von den Sozialisten einberufene Versammlung statt. Der Bürgermeister hatte jeglichen öffentlichen Aufzug untersagt. Als die Theilnehmer an der Versammlung nach Schluß derselben gleichwohl die Straßen durchzogen, trat ihnen die Polizei vor dem katholischen Gesellschaftshause entgegen, um sie zu zerstreuen. Die Manifestanten warfen sich mit Dolchen und Messern auf die Polizeiagenten, von denen mehrere schwer verletzt wurden. Die Verwundeten wurden in das katholische Gesellschaftshaus getragen. Die herbeigerufene Gendarmerie nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Eine von heute früh datirte Brüsseler Depesche fügt dem Obigen hinzu: Nach einer später hier eingegangenen Meldung aus Gent sind bei dem Zusammenstoß zwischen den sozialistischen Manifestanten und der Polizei etwa 30 Personen verwundet worden, darunter drei Polizeiagenten, von denen drei schwerere Verletzungen erhielten.

Im **italienischen** Senat hat gestern Guarneri seine Interpellation wegen der in letzter Zeit erfolgten Senatorenernennungen begründet. Der Redner mißbilligte sowohl die Art als den Umfang der neuesten Ernennungen zum Senat. Der Ministerpräsident Giolitti beschränkte sich auf die trockene zahlenmäßige Rechtfertigung der Senatorenzahl und der Ernennungszeit; er behauptet jedoch aus einer Rücksicht auf Betheiligung bei den Wahlen hergeleitete Motiv und behauptete, nur eine Verstärkung des Senats bezweckt zu haben. Zu allgemeiner Ueberraschung schlich die Erörterung ohne jedwedes Votum, vermuthlich in Folge vorgängiger Verständigung zwischen den streitenden Theilen, welche begriffen, daß sie in einer Sackgasse steckten.

Wie aus **Madrid** berichtet wird, hat der Schiffskapitain Cervera das Portefeuille des Marinepräsidiums angenommen. Die Pouvoirs des Maires von Madrid soll dem Marquis Cubas angeboten werden. Das Kabinet beschloß ferner, die wirthschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich wieder lebhaft aufzunehmen.

Der König von **Rumänien** nahm gestern die Adresse der Kammer entgegen und dankte in seinem und der Königin Namen sowie im Namen des Thronfolgers und dessen Braut für die einmüthig ausgedrückten Gefühle der Loyalität, mit welcher die Verlobung des Thronfolgers begrüßt wurde. Dank den Kämpfen und übermenschlichen Anstrengungen sei das Erreichte nunmehr konsolidirt. Alle Bemühungen und Gedanken des Königs seien darauf gerichtet, Rumänien eine ruhige Gegenwart und gesicherte Zukunft zu geben. Während seiner langen, gesegneten, vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierung seien Bande geschaffen worden, welche eine mächtige Gewähr für Rumänien bilden, besten Existenz so häufig durch den Wechsel der politischen Ereignisse gefährdet worden sei.

Die **griechische** Deputirtenkammer berieth gestern über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien und ertheilte der Regierung mit 130 gegen 7 Stimmen ein Vertrauensvotum. Sieben Stimmzettel waren unbeschrieben.

Die am Sonntag angekommene Post aus dem **Kongogebiet** brachte beruhigende Nachrichten über die Lage der Antisklavereiexpedition von Jacques und Jonbert. Die Meldungen, welche vom Oktober datiren, lassen die Hoffnung, daß die Hülfssendungen frühzeitig genug am Tanganyikasee angekommen, um den genannten Führern den Widerstand gegen die Araber zu erleichtern. Leider bleibt der Zweifel übrig, ob diese guten oder die kürzlich erwähnten schlimmen Nachrichten von jüngerem Datum sind.

Im Senat zu **Washington** brachte Stewart ein Amendement ein zu dem Sherman'schen Gesetzentwurf, welches darauf abzielt, die freie Ausprägung von Silber, sowie die Emission von Schatzbons zu gestatten, welche auf Silberdepots basirt sein sollen.

Nach Meldungen aus **Buenos-Ayres** hat Antonin Bernejo aus Gesundheitsrücksichten die Uebernahme des Portefeuilles des Innern abgelehnt.

Der Nordatlantische Dampfer-Linien-Verband.

Zu den in unserer heutigen Morgenausgabe bereits gemeldeten überraschenden Beschlüssen der transatlantischen Dampfergesellschaften haben wir an kompetenter Stelle noch das Folgende in Erfahrung bringen können. Dem genannten Verbande gehören außer den beiden größten deutschen Schiffahrtsinstituten, dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft, noch die belgische und die holländischen Linien, soweit sie am nordamerikanischen Verkehr betheiligt sind an. Die Gesellschaften haben vor etwa Jahresfrist, um die scharfe Konkurrenz unter einander zu beseitigen und gemeinsame Interessen zu fördern, eine Vereinigung gebildet, die, soweit es sich um den Zwischendeckstransport handelt, einer Fusion der Linien fast gleichkommt, da dieser Zweig des Rhederei-betriebes von den Gesellschaften für gemeinsame Rechnung betrieben wurde. Hat nun schon die Cholera-Epidemie in den letzten Monaten den vereinigten Gesellschaften große Opfer auferlegt, so haben die seit einiger Zeit in Amerika hervortretenden nativistischen Bestrebungen, die sich auf die Fernhaltung der Einwanderung lenken, zu diesen Opfern noch eine Gefährdung der Lebensfähigkeit der nordamerikanischen Linien gesellt. Die amerikanische Regierung hat bekanntlich durch Maßregeln extremster Natur den Gesellschaften die Beförderung von Einwanderern zu erschweren versucht. Sie hat nicht den Muth gehabt, die Einwanderung als juro zu verbieten, aber sie hat sie de facto unterbunden, indem sie eine zwanzigtägige Quarantaine über alle Schiffe ohne Unterschied der Nationalität aussprach, sobald diese Schiffe Einwanderer am Bord führen. Die großen Dampferlinien, wie der Lloyd und die Packetfahrt, die zusammen durchschnittlich ca. 200 000 Einwanderer in jedem der letzten Jahre nach den Vereinigten Staaten befördert haben, fand durch diese rigorosen Maßnahmen der amerikanischen Regierung auf das Schwerste geschädigt. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, wenn die so behrohten Konkurrenten sich zusammenfinden, um rücksichtslos diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihnen geeignet erscheinen, die Folgen jener amerikanischen Maßnahmen möglichst abzuschwächen.

Was nun die Ziele anbetrifft, welche die heute Morgen schon gemeldeten Beschlüsse der Konferenz verfolgen, so verwahrte man sich auf unsere Frage mit Entschiedenheit dagegen, daß diesen Beschlüssen die Absicht zu Grunde läge, eine Pression auf die Regierung der Vereinigten Staaten auszuüben. Nach den Darlegungen, welche wir — wir wiederholen nochmals an kompetentester Stelle — empfangen haben, sind die Direktoren der Gesellschaften sich darüber vollkommen einig, daß nur durch eine ganz einschneidende Erhöhung der Passagepreise für die erste und zweite Klasseboförderung eine Verwerthung der Einnahmen geschaffen werden kann, die, wenn auch lange nicht ausreichend, doch einigermaßen Ersatz bieten muß für den Ausfall, den die Linien durch die in Wegfall kommenden Zwischendeckeinnahmen erleiden. Das Interesse für die Weltausstellung in Chicago hat, wie von Seiten aller Gesellschaften konstatirt worden ist, vermuthlich in Folge der Behandlung, welche man jetzt den Ankömmlingen in Amerika bereitet, ganz außerordentlich abgenommen. Während im letzten Frühjahre die Gesellschaften täglich Hunderte von Anfragen über Preis und Fahrgelegenheit nach Chicago zu verzeichnen hatten, ist die Zahl dieser Anfragen jetzt auf ein Minimum herabgesunken. Es haben deshalb die hier in der Konferenz vertretenen Gesellschaften beschlossen, die im Oktober ausgearbeiteten ermäßigten Tarife für den Rundreise-Verkehr sämmtlich zurückzuziehen, da nur eine Beheiligung breiterer Schichten der Bevölkerung an der Weltausstellung in Chicago die Einführung solch' ermäßigter Tarife lohnend erscheinen lassen könne. Wenn die Gesellschaften ferner sich entschlossen haben, nach dem 1. Januar die Beförderung von Personen in anderer, als in erster und zweiter Klasse vollständig auszuschließen, trotzdem die amerikanische Regierung gestattet hat, amerikanische Bürger und solche Personen, welche schon früher in Amerika gelebt haben, sowie auch alle diejenigen Reisenden im Zwischendeck zu befördern, welche nicht als Einwanderer kommen, sondern sich nur zeitweilig in Amerika aufhalten wollen, so ist man von der Erwägung ausgegangen, daß diese Kategorien von Personen nicht zahlreich genug reisen, um für die Belastung der Zwischendeckklasse auf den Dampfern den Rhedereien ein genügendes Aliment zu bieten.

Die Versammlung, welche hier im Hotel Bristol tagt, legt ihre Berathungen nach fort und beschäftigt sich heute mit der Frage, die Zahl der Abfahrten ihrer Schiffe nach den Vereinigten Staaten vom 1. Januar ab wesentlich einzuschränken.

Parteibewegung.

* Mit Bezug auf die in unserer Journal-Revue erwähnte Auslassung der „Leipziger Zeitung" erläßt der Reichstagsabg. Freiherr von Friesen, als Vorsitzender des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen, nachstehende Erklärung:

„Die „Leipziger Zeitung" hat es in der jüngsten Zeit für angezeigt erachtet, über die Revision des konservativen Parteiprogrammes und den konservativen Parteitag wiederholt Auslassungen zu bringen, welche ebenso einseitig, als den Thatsachen widersprechend waren. Der Unterzeichnete hat bisher hierzu geschwiegen. In der Nr. 287 vom 10. Dezember schleudert dieselbe aber der „großen Mehrheit der konservativen Partei" eine derartige Beleidigung in das Gesicht, daß ich mich Mißverstand gegen die Araber zu erleichtern. Leider bleibt der Zweifel übrig, ob diese guten oder die kürzlich erwähnten schlimmen Nachrichten von jüngerem Datum sind.